

Danziger Zeitung.



№ 16951.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Vom Kronprinzen.

Auch das letzte, heute Morgen telegraphisch mitgetheilte Bulletin aus San Remo trägt nicht die Unterschrift Prof. v. Bergmanns, obgleich derselbe, soweit bisher bekannt, die Rückreise noch nicht angetreten hat und, wie glaubwürdig verlautet, auch noch einige Tage in San Remo verweilen wird. Ansehend hängt dieser Aufschub mit der Reise des Professors Waldben nach San Remo zusammen, der bekanntlich berufen ist, den Auswurf aus der Lufttröhre mikroskopisch zu untersuchen. Die Annahme liegt nahe, daß Prof. v. Bergmann die Ankunft Waldbens abwartet. Da Dr. Waldben vorgestern Abend abgereist ist, so ergibt sich schon daraus, daß die vorgestern in San Remo verschiedentlich verbreiteten Gerüchte über die sofortige Abreise des Kronprinzen nach der Heimath nicht zutreffend gewesen sind. Aber nach dem, was in Berliner gut unterrichteten Kreisen verlautet, besteht allerdings, wie uns geschrieben wird, beim Kronprinzen sowohl wie in Berlin der dringende Wunsch, daß die Ueberfischung des Kranken in sein Berliner Palais baldmöglichst erfolge.

Von einer Reise der Kaiserin nach San Remo ist dagegen nach zuverlässigen Erkundigungen garnicht die Rede. In erster Reihe kommt dabei das Befinden der Kaiserin selbst in Betracht. Ueberdies aber haben die Meldungen aus San Remo und das plötzliche Ableben des Prinzen Ludwig von Baden einen sehr nachtheiligen Eindruck auf die Stimmung der Kaiserin ausgeübt, und das wirkt begreiflicher Weise auch auf das körperliche Befinden zurück. Unter diesen Umständen würde die Kaiserin sich kaum zu einer Reise entschließen können. Die Gerüchte von einer plötzlichen Abreise des Kronprinzen aus San Remo sind offenbar durch Äußerungen in dieser Richtung veranlaßt.

Welche Bewandniß es mit der angeblich plötzlich aufgetretenen Verschlimmerung in dem Befinden des Kronprinzen hat, mag ununtersucht bleiben. Die in Berliner hohen Kreisen herrschende Beruhigung scheint weniger durch plötzlich aufgetretene Erscheinungen, als durch Berichte über den Verlauf der Krankheit hervorgerufen zu sein, die auch durch das Eintreten besserer Momente nicht widerlegt werden.

Die „Freie. Ztg.“ schreibt über die in parlamentarischen Kreisen herrschenden Meinungen:

Erheblich ungünstiger, als die Zeitungsnachrichten aus San Remo zum Ausdruck bringen, „ind. wie wir zu unsern tiefen Bedauern mittheilen müssen, die in parlamentarischen Kreisen übereinstimmend verbreiteten Auffassungen von dem Krankheitszustand des Kronprinzen. Die Hoffnungen auf Erhaltung des theuren Lebens des Thronfolgers, wenn auch nur für eine längere Zeit, erscheinen auf ein betrübend geringes Maß herabgemindert.

Heute ging uns nachstehende officiöse Depesche zu: San Remo, 1. März, Abends 10 Uhr 30 Min. Der Kronprinz verbrachte einen guten Tag. Der Husten ist geringer.

Außerdem erhielten wir folgende Nachricht: Berlin, 2. März. (Privattelegramm.) Das Verbot an die Aeryte in San Remo, über die Krankheit des Kronprinzen Mittheilungen zu machen, soll von höchster Berliner Stelle ausgegangen sein. Die Aeryte sollen über die wichtigsten Punkte geradezu in Zweifelspalte gerathen sein und einzelne sich geweigert haben, noch zur Consultation zu kommen; einer soll dazu erst dadurch bestimmt worden sein, daß eine sehr hohe Persönlichkeit ihn aus dem Hotel abholte.

Politische Uebersicht.

Danzig, 2. März.

Strategische Eisenbahnbauten.

In der Zeit der lebhaftesten Kriegsbefürchtungen, welche der Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar vorausging, ist die Frage, ob das preussische Eisenbahnnetz in unseren östlichen Grenzprovinzen im Kriegesfalle dem Bedürfnisse entsprechende, eingehend erörtert worden. Eine entsprechend auf militärischen Interessen kommende Auseinandersetzung in der „Freie. Ztg.“ forderte „zweigeleistete Bahnen auf allen wichtigen Strecken, auf den eingeleiteten Strecken zahlreiche Ausweichstellen und Blockstationen“. Demgemäß wurde ein Ausbau der ostpreussischen und pomerischen Bahnen im Interesse der Landesverteidigung auf das dringendste verlangt. Kurze Zeit nach der Rede des Reichskanzlers gelangte die neue Secundärbahnvorlage an das Abgeordnetenhaus, welche die in Rede stehenden Ausgaben nicht enthielt. Erst jetzt, unmittelbar vor dem Schluß der Reichstagsession, wird der Grund dieser Verzögerung bekannt. Die Kosten für den Ausbau des Bahnnetzes in den östlichen Provinzen sollen nicht von dem preussischen Landtage, sondern von dem deutschen Reichstage gefordert werden.

Die Reichsverfassung enthält zwar eine bezügliche Bestimmung nicht. Nach Art. 41 können Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet werden, auch gegen den Widerpruch der Bundesmitglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, angelegt werden. Davon ist hier nicht die Rede. Aber schon bei der Beschlußfassung über den vorjährigen Nachtragsetz zu militärischen Zwecken hat der Reichstag kein Bedenken getragen, das Reich zur Zahlung von Beiträgen zu Eisenbahnbauten im militärischen Interesse zu verpflichten. Sobald die Frage, ob in dieser Hinsicht der Ausbau der in Rede stehenden Bahnen erforderlich ist, bejaht wird, müssen die formalen Bedenken

in den Hintergrund treten. Wenn kleineren deutschen Staaten aus Reichsmitteln Beihilfe zu strategischen Eisenbahnbauten gewährt wird, so hat Preußen dieselben Rechtsansprüche. Der Unterschied ist natürlich der, daß die preussischen Bedürfnisse erheblich höher sind, als die Bedürfnisse der kleinen Staaten.

Selbstverständlich gehören die Vorbereitungen dieser Art in die Kategorie der Sicherheitsmaßregeln, wie solche durch das Wehrgesetz und die Anleihe zur Durchführung desselben in Aussicht genommen sind. Sie erleichtern für den Fall eines Krieges den Aufmarsch der deutschen Armee an der Grenze und die Verbindung derselben mit dem Hinterlande. Für die Beantwortung der Frage, ob und wann ein Krieg in Aussicht steht, sind Maßregeln dieser Art bedeutungslos.

Wahlbeeinflussungen.

Bei der gestrigen Beratung des Etats des Cultusministeriums im Abgeordnetenhaus zählte Abg. Richter eine Reihe von eclatanten Wahlbeeinflussungen auf der Leber aus der Zeit der letzten Wahlen auf, die den Beweis lieferten, daß die Lehrer im Gegensatz zu dem königlichen Erlasse vom 4. Januar 1882 in ihrer Wahlfreiheit nur dann nicht beschränkt sind, wenn sie für die conservativen Candidaten agitiren. Minister v. Gögler beantwortete die Frage des Abg. Richter in scharfer Weise und mit allerlei Insinuationen bezüglich der eigentlichen Absichten des freisinnigen Trägers: der beste Beweis dafür, daß er sachlich auf die einzelnen Fälle nicht eingehen konnte oder wollte. Der von Herrn Richter erwähnte Fall Sommer ist doch wirklich einer der markantesten. Dieser agitationserfüllte, strebsame Lehrer hatte bekanntlich vor seinen Schülern diejenigen von deren Vätern für Schufte erklärt, die für den freisinnigen Ebert gestimmt hatten — gewiss eine liebliche Blüthe conservativer Wahlmanöver, was natürlich Herrn v. Minnigerode nicht abhielt, auch gestern wieder mit frommem Augenaufschlag zu versichern, daß die widerliche Agitation ausschließlich nur bei den Liberalen vorkäme. Man sollte doch eigentlich meinen, etwas Widerlicheres gäbe es kaum, als seine Gegner so zu apostrophiren, wie es im Ebert'schen Wahlkreise vorgekommen ist; wenn Herr v. Minnigerode trotzdem die „widerlichsten Vorkommnisse“ anderswo sucht, nun, so ist ihm nicht zu helfen. Was aber sagte der Herr Minister auf die Frage, ob er solche Sachen billige? Dem Berichte der „Freie. Ztg.“ zufolge, die wir abschließend citiren, da sie sicherlich nicht in antiministeriellem Sinne berichtet, antwortete Hr. v. Gögler:

Das (so von Herrn Richter Vorgebrachte) ist alles bloß Wahlrede und Wahlmanöver für Herrn Ebert. Ueber den Fall Ebert bin ich außer Stande, irgend welche Angaben zu machen.

Voilà tout! Lakonisch zwar, aber doch viel-sagend genug! Der Minister sprach als ob alle diese Vorgänge ihm unbekannt seien; hinterher aber stellte sich heraus, daß er in der „Germania“ gelesen hatte, daß der Schulinspector Gregorovius zu Waldenburg, der die Lehrer zu einem conservativen Fest eingeladen habe, von dem Landrath rectificirt worden sei, und daß er das gebilligt habe. Weshalb mußte Herr Richter zweimal fragen, um diese Antwort zu erhalten?

Von anderen Dingen war Minister v. Gögler um so besser unterrichtet. Wusste er doch, daß von 80 katholischen Lehrern des Kreises Wonnegau nur 2 für die Regierung gestimmt haben. Wer führt denn die Abstimmungslisten über die Lehrer? zu welchem Zweck dienen die Listen, wenn die Lehrer, wie Minister v. Gögler meint, dasselbe Recht wie alle anderen Staatsbürger haben, ihrer Meinung Ausdruck zu geben? Der Cultusminister glaube annehmen zu müssen, Herr Richter habe die Lagen nur vorgebracht, um den nächsten Wahlen vorzuarbeiten. Daß ein Abgeordneter sich für die Sicherung der Wahlfreiheit interessiert, schien Herr v. Gögler nicht zu verstehen. Die Conservativen glauben auch gestern wieder den freisinnigen Redner in gewohnter Weise verhöhnen zu sollen. Aber Abg. Richter brachte sie mit der Bemerkung zum Schweigen, sie hätten für Wahlfreiheit kein Verstandniß, da sie nur mit Hilfe von Gendarmen, Landrathen und Arbeitgebern gewählt würden. Daß Minister v. Gögler in seiner zweiten Rede von neuem den festen Entschluß documentirte, über den Parteien zu stehen, schien auf der rechten einige Verwunderung hervor-zurufen. Den Conservativen ist bisher diese neutrale Stellung des Cultusministers offenbar nicht zum Bewußtsein gekommen.

Im Reichstage

wurden gestern die weiteren Bestimmungen der Anträge betreffend den Befähigungsnachweis mit 124 gegen 115 bez. 130 gegen 119 Stimmen angenommen. Daß selbst die Zünftler diese Beschlüsse nur als agitatorische ansehen, ergab sich daraus, daß gestern Abg. Biehl den Regierungs-Commissar über die von der Regierung veranfaltete Erhebung betreffend den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe befragte. Möglicher Weise bringt die Regierung in der nächsten Session als Abschlagszahlung eine auf das Baugewerbe beschränkte Vorlage ein.

Das Haus ging alsdann zu der Fortsetzung der Beratung des Gesetzes betreffend die nicht-öffentlichen Gerichtsverfahren über. Gegen den § 173 sprachen Dr. A. Meyer (Halle) und Rintelen, dafür Meyer (Jena), Rulmann, Hahn. Im Anschluß an die Mittheilungen des Abg. Rintelen, wonach der Regierungs-Commissar, Geh. Rath Kanfer (Auswärtiges Amt) in der Commission erklärt habe, es sei höchst gefährlich, wenn ein geheimer Criminalpolizeibeamter in einer öffentlichen Gerichtsitzung als Zeuge aufträte,

wenn dann dieser Beamte künftig nicht mehr zu brauchen sei, wies Abg. Aräcker darauf hin, nur durch den Ausschluß der Öffentlichkeit in dem gegen ihn geführten Prozesse wegen Geheimbündelei sei verhindert worden, daß die gegen ihn zeugenden Polizeibeamten öffentlich gekennzeichnet worden seien. § 173 und demnach auch § 174 werden in der Fassung der Commission mit geringer Majorität angenommen. Der § 173 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welcher lautet:

„In allen Sachen kann durch das Gericht für die Verhinderung oder für einen Theil derselben die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit befürchten läßt“

ist hiernach also dahin erweitert, daß „insbesondere“ bei Gefährdung der Staatsicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Während ferner nach der Vorlage künftig nur die Urtheilsformel öffentlich verkündet werden sollte, wurde auf Betreiben der Abgg. Mundel und Rintelen beschlossen, daß auch die Urtheilsgründe öffentlich zu verkünden sind, wenn nicht durch einen besonderen Beschluß des Gerichts mit Rücksicht auf die Gefährdung der Staatsicherheit und der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Für die dritte Lesung kündigte der social-demokratische Abg. Aräcker an, daß seitens seiner Genossen der Nachweis versucht werden solle, daß die Vorlage einzig und allein gegen die Socialdemokratie gerichtet sei. Die gestrige Beratung wurde unter so großer Unruhe des Hauses geführt, daß der Präsident häufig um Ruhe bitten mußte. Alle Anzeichen deuten auf baldigsten Schluß der Session.

Die „Ueberproduction auf höheren Schulen“.

Die neuerdings von den „Blättern für höheres Schulwesen“ an der Hand von statistischen Angaben aus dem Jahre 1885/86 dargelegte „Ueberproduction auf höheren Schulen“ hat anderweitigen Mittheilungen zufolge auch im Jahre 1886/87 ihren Fortgang genommen. In dem Zeitraum von Ostern 1886 bis dahin 1887 wurden vor den 10 preussischen wissenschaftlichen Prüfungskommissionen 544 erstmalige Prüfungen vorgenommen, von denen aber 41 nicht bestanden wurden. Von den 544 zum ersten Male geprüften Candidaten gehörten 249 dem historisch-philologischen, 154 dem mathematischen, 117 dem neupracheilichen Fach an und 24 haben sich der Prüfung in Religion und Gebräuch unterzogen. Gegen das Vorjahr, wo 596 Candidaten die erste Prüfung ablegten, ist die Zahl ja etwas zurückgegangen, gegenüber den nach Abzug der Durchgefallenen noch übrigbleibenden 496 Candidaten pro 1886/87 steht in denselben Verhältnismäßig geringe Anzahl in demselben Zeitraum neu angestellter Lehrkräfte. Als ordentliche wissenschaftliche Lehrer erhielten nämlich eine Anstellung 211, als wissenschaftliche Hilfslehrer 31, zusammen 242. Es ist mithin die schon überaus große Anzahl der Candidaten des höheren Schulamts im Laufe des Jahres 1886/87 wieder um 496 — 242 = 254 vermehrt worden. Solchen Ergebnissen gegenüber muß nochmals vor dem Eintritt in die höhere Schulcarriere dringend gewarnt werden.

Die Entwicklung der russischen Action

in der bulgarischen Frage macht nur sehr langsam Fortschritte. Die Gerüchte von einer Konferenz, auf welche sich angeblich auch die Reise des Grafen Bismarck nach England beziehen sollte, sind zum Mindesten verfrüht und werden ja, wie telegraphisch gemeldet ist, bereits dementirt. Nach englischen Meldungen ist Graf Bismarck nach kurzem Aufenthalt in London nach Dublin weiter gereist. Zu diplomatischen Verhandlungen ist also keine Zeit gekommen.

Ueberdies scheint die Frage sich zunächst nach einer anderen Seite zuzuplätzen. Zur Zeit ist die Verständigung über die weiteren Schritte in der bulgarischen Angelegenheit vor der anderen Frage in den Hintergrund getreten, ob es dem gemeinsamen Einflusse Rußlands und Deutschlands in Konstantinopel gelingen wird, die Pforte zu einer den russischen Vorschlägen entsprechenden officiellen Erklärung gegen den Fürsten Ferdinand zu bestimmen. In Petersburg scheint man zur Erreichung dieses Zweckes selbst vor Drohungen nicht zurückzuschrecken. Man will wissen, Rußland würde sich auf weitere diplomatische Verhandlungen erst einlassen, nachdem die Pforte durch die Erklärung gegen den Prinzen Ferdinand endgültig Stellung genommen habe. Frankreich hat bekanntlich den russischen Schritt in Konstantinopel unterstützt, die französische Diplomatie aber läßt es dabei bewenden; ein friedliches Arrangement der bulgarischen Angelegenheit würde den französischen Wünschen bezüglich des Zusammengehens mit Rußland wenig entsprechen.

Im übrigen sieht man in den Berliner maßgebenden Kreisen der Entwicklung der Dinge im Orient mit großer Ruhe entgegen oder man giebt sich den Anschein, als ob ein Rückfall in die Stimmungen, welche vor dem 6. Februar die Lage beherrschten, nicht zu befürchten sei.

Der Ueberfall des österreichischen Abg. Bernerstorfer,

der vor einigen Tagen in Wien vorgekommen ist, macht in Wien fortgesetzt viel von sich reden. Der rothe Angriff auf diesen Abgeordneten, glücklicherweise in der österreichischen Parlamentsgeschichte ein vereinzelt dastehender Fall, hat durch seine Thatfache an sich bewiesen, wie sehr Bernerstorfer mit seiner Rede im Abgeordnetenhaus über die Brutalität in hohen Kreisen Oesterreichs im Rechte war. Denn daß auf diese Rede hin von Seiten der Betroffenen der feige Ueberfall

veranlaßt worden war, unterliegt kaum einem Zweifel mehr. Bernerstorfer war vorher schon in anonymen Briefen bedroht worden; persönliche Zwistigkeiten hatte der Mann, der juristisch gezeugen lebt, nicht. Der Ueberfall war geplant; er geschah in Bernerstorfers Wohnung; was sollte anders die Veranlassung sein, als daß übermüthige Cavaliere zwei Strolche zur Züchtigung des dreisten Redners gedungen haben, wie sich Abg. Dr. Steinwender in der Dienstsitzung des österreichischen Reichsraths ausdrückte. Bernerstorfer hat allerdings rücksichtslos in das Leben von Bornehmsten hineingelegt; er erzählte von dem jungen österreichischen Fürsten, was ein öffentliches Geheimniß war: wie dieser in einer kleinen Hauptstadt eines Alpenlandes, wo er in Garnison stand, nach einem mühsamen Zechgelage seinen Kameraden zurief: „Offiziere, wollt Ihr einmal eine schlafende Fürstin sehen, ich will sie Euch zeigen, ich führe Euch in das Schlafgemach meiner jungen Frau — und diese junge Frau ist ein Kind aus einem deutschen Fürstenhause.“ Er erzählte, wie ein anderer Prinz in einer Weinlaune auf dem Ritt, als er einem Leichenzuge begegnete, mit dem Roß zum Späß über die Bahre setzte, als befände er sich beim Hindernißrennen. Dementirt wurden diese Erzählungen Bernerstorfers nicht; aber man wollte die selbste Rede an ihm nehmen, man griff zum letzten Mittel der Dummköpfe, zum Prügel.

Die Sache hat einen sehr ernsten Hintergrund; sie ist von starker Beweiskraft für die Verwilderung in jenen Kreisen Oesterreichs, die des Spruches am ehesten eingedenk sein sollten: „Noblesse oblige!“

Wolfsen über die englische Marine.

Wie uns aus London berichtet wird, hielt Generaladjutant Lord Wolfsen am 28. Februar auf dem Jahresfestmahle des North London Rifle Clubs eine Rede über den Zustand der Marine, in welcher er freimüthig seine Ansicht dahin aussprach, daß die britische Marine nicht so sei, wie sie sein sollte. Die Admirale und Marinecapitäne müßten dies sehr wohl. Die Zahl der Schiffe genüge vor allem nicht, um England vor einer feindlichen Invasion zu schützen. Er Lord Wolfsen, gehöre zu jenen einsichtigen Leuten, welche eine solche Invasion für sehr wohl ausführbar hielten. Sobald der Flotte ein Unglück zustoße, so könne ein Feind leicht eine Landung bewirken, und es werde der englischen Armee schwer fallen, ihn daran zu verhindern. Sollte das Canalgeschwader eine Niederlage erleiden, so werde das Land gebietertisch die Rückberufung der in fernen Meeren stationirten englischen Kriegsschiffe fordern, so daß die großen Wasserstraßen völlig unbesetzt blieben. Lord Wolfsen beklagte, daß das Ministerium das Parlament nicht um Bewilligung größerer Summen für die Marine angegangen hätte, damit diese der ihr gestellten Aufgabe gewachsen würde. Jeder habe von dem kürzlich vom deutschen Reichstage beiseinen Patriotismus gelesen; das britische Parlament werde jedenfalls nicht zurückstehen und mit gleicher Bereitwilligkeit die paar zur Verstärkung der Marine benötigten Millionen ohne Murren bewilligen.

Noth in den Schwarzen Bergen.

Borige Woche hat in Cetinje unter dem Vor-sitze des Fürsten Nicolaus eine Berathung der ersten Würdenträger Montenegros stattgefunden, welche die höchst traurige wirtschaftliche Lage des Fürstenthums und die in Folge des großen Nothstandes immer mehr zunehmende Auswanderung zum Gegenstande hatte. Im letzten Halbjahr soll die Einwohnerzahl einer ganzen Reihe Gebirgsdörfer durch Auswanderung um mehr als die Hälfte zusammengefallen zu sein. Da die finanziellen Verhältnisse der Regierung eine ausgiebige Hilfeleistung ganz unmöglich machen, so soll sich nach der „Corr. de l'Est“ Fürst Nicolaus, um das Elend seiner Unterthanen zu lindern, bereits an die Großmuth des Kaisers von Rußland gewendet haben.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 1. März.

Berathung des Cultussetz.

Bei dem ersten Ausgabetitel „Ministergehalt 36 000 Mark“ beschwert sich

Abg. Caffin (Dane) über die Germanisirungsbestrebungen der Schulverwaltung in Nordhollands.

Abg. Richter: Ich möchte an den Hrn. Cultusminister einige Fragen politischer Natur richten. Im vorigen Jahre, als die neuen Reichstagswahlen stattfanden, wurde in einem deutschen Landtage über conservative Agitation der Volksschullehrer geklagt und an den Minister eine Interpellation gerichtet. Der Minister dieses Hauses erwiderte, daß die Regierung stets bestrebt sei, wie viel als möglich darauf zu sehen, daß die Beamten und Lehrer sich jeder politischen Agitation enthalten, die Regierung betrachte sich als zu keiner Partei gehörig, sondern stehe gewissermaßen über den Parteien; sie könne es deshalb nicht billigen, wenn einer ihrer Beamten sich an Wahlagitationen betheilige, sie könne aber kein dahin gehendes Verbot erlassen, da man ja den Beamten, falls sie in einer Versammlung nach ihrer Meinung gefragt würden, den Mund nicht zuhufeln könne. Dieser deutsche Staat war nicht Preußen, es war nur Lippe, aber es hat eine Zeit gegeben, wo auch in Preußen diese Grundzüge mehr Anerkennung und Beachtung gefunden haben, als leider heute. Auf anderen Gebieten sind wir längst gewohnt, über nichts mehr in Erstaunen zu gerathen. Wir finden es ganz natürlich, wenn z. B. ein Polizeipräsident vom fernem Westen auf Wahlagitationen nach dem fernem Osten geht (hört, hört! links). Aber das Gebiet der Schulen war bisher doch noch nicht so beachtet, wie bei den letzten Reichstagswahlen. Selbst in der schwärzesten Reactionsperiode unter Manteuffel, Raumer und Mühler ist nicht eine so unverblühte Wahlagitation getrieben worden von den Organen, wie unter Herrn v. Gögler (Lachen rechts). Die Regierung in Breslau, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, gezeichnet

Schmidt, hat einen Circularerlaß gerichtet an die Landräthe des Bezirks unter dem 31. Januar 1887, worin es heißt: „Es kann keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Ausfall der nahe bevorstehenden Reichstagswahlen für das gesammte deutsche Vaterland von der höchsten Bedeutung ist. Wir nehmen darum Veranlassung, daran zu erinnern, daß durch allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 die Erziehung ausgesprochen ist, daß alle Beamten sich von der Agitation gegen die Regierung bei den Wahlen fern halten mögen. Ein Hochwohlgeborener wolle hiervon den Lehrern Ihres Bezirks nach Benehmen mit den Kreisinspectoren auf geeignetem Wege Kenntniß geben und sorgfältig darüber wachen, daß dieser Erwartung entsprochen werde, und ein gegenseitiges Verhalten zu unserer Kenntniß bringen.“ Der Landrath von Ohlau ließ diesen Erlaß mit folgenden Bemerkungen weiter gehen: „Ich habe zu den Herren Lehrern des Ohlauer Kreises das Vertrauen, daß sie der Erwartung des Kaisers und Königs in Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen im vollen Maße entsprechen und die Regierung kräftigst unterstützen werden.“ Der Landrath verlangt also ein positives Eintreten der Lehrer für die augenblickliche Staatsregierung, und was unter „kräftiger Unterstützung“ verstanden wird, das wissen wir ja. Dieser Erlaß ist geradezu geschandigt und steht in directem Widerspruch mit der Interpretation, die der Reichshaus zu dem Erlaß vom Januar 1882 gegeben hat. Vielleicht erklärt mir der Hr. Cultusminister, ob er den Landrath von Ohlau wegen seines Erlasses zur Disciplinaruntersuchung bringen will. Wir sind eben auf eine schiefe Ebene gerathen und es rollt immer weiter abwärts. Ferner liegt mir ein gedrucktes Schreiben des Kreisinspectors Schröder aus Thorn aus dem 3. Februar 1887 vor, in dem es u. a. heißt: „Ich habe das Vertrauen, daß es Ihnen, nachdem Se. Majestät der König den Reichstag, der durch Ablehnung des Septennats versucht, an Stelle des kaiserlichen ein Parlamentsher zu sehen (Hört, hört links), um dadurch das verfassungsmäßige Recht des Kaisers zu schmälern, aufgelöst und eine Neuwahl angeordnet hat, nicht zweifelhaft sein kann, für wen Sie bei der Wahl stimmen sollen.“ Auf diese Ausführungen gehe ich nicht ein, ich halte jedes Wort für überflüssig, die frühere Reichstagsmajorität solchen Dingen gegenüber zu rechtfertigen. Dieses Circular ist gedruckt und gleich mit einem Wahlzettel für den Cartellcandidaten versehen an die Lehrer vertheilt worden. (Hört, hört links.) Gegen diese Beschränkung der Wahlfreiheit wagte ein freimüthiges Blatt in Thorn zu opponiren. Darauf antwortete Schröder in einem langen Artikel: „Der Beamte muß nicht nur Herrn. Domes - Garnau seine Stimme geben, sondern auch in den Kreisen, in denen er ein Vorbild der Lehrer sein muß, belehrend über die deutschfreisinnigen Verbündelungen des Rechts und der Wahrheit wirken.“ Weiter schreibt Hr. Schröder, daß er für gewöhnlich allerdings sich nicht um den politischen Wahlkampf bekümmere, bei der gegenwärtigen politischen Lage aber, wo er nur vor der Entscheidung für oder gegen Kaiser und Reich stehe, würde er sich eines Vorgehens schuldig machen, wenn er sich nicht entschieden für den Kaiser ausspreche. Wie käme er sonst zu Wege, mit seinen Schülern jemals wieder ein vaterländisches Fest zu feiern. (Hört, hört links.) Soweit sind wir also schon gekommen, daß solche Männer es wagen, große Parteien mit derartigen feichten Phrasen zu kritisiren, und nicht einmal der Unwahrheit hat sich der Herr Kreisinspecteur enthalten, denn er hat ausdrücklich behauptet, daß das Vorgehensschreiben von der freiconservativen Partei trotz der deutschfreisinnigen durchgeföhrt worden sei. Ganz ähnlich ist das Verhalten des Kreisinspectors Gregorovius im Kreise Waldenburg. In einem Circular desselben heißt es: „Im Anschluß an die Worte, die ich jüngst zu Ihnen gesprochen habe, bitte ich Sie noch einmal: Bleiben Sie fest in der Treue zu Ihrem König, lassen Sie sich den Blick für seinen Willen nicht trüben durch die Agitation der reichs- und regierungsfeindlichen Parteien und wirken Sie mit allen Kräften dahin, daß die Wahl des Mannes erfolgt, der für das Septennat eintritt.“ Wie die Sachen betrieben werden, können Sie aus folgendem Circular desselben Herrn vom 10. Oktober 1887 an seine Lehrer ersehen: „Am Sonnabend, den 5. November dieses Jahres, findet Nachmittags 5 Uhr eine vom Wahlverein der gemäßigten Parteien veranstaltete patriotische Feier statt, verbunden mit Commers und Freiconcert. Der Vorstand des genannten Vereins hat mich ersucht, Sie einzuladen. Indem ich diesem Ersuchen gern entspreche, bemerke ich, daß, da es sich um eine patriotische Feier handelt, der Nachmittags-Unterricht zum Zwecke des Besuchs der Feier ausfallen kann. Hgl. Kreisinspecteur Gregorovius.“ In einem späteren Schreiben ist nun allerdings bekannt gegeben, daß dieses Fest auf 3 Wochen verlagert worden ist. Dazu ist bemerkenswerth, daß in der Ankündigung des Wahl-Vereins in Waldenburg ausdrücklich als Legitimationskarte die Mitgliedskarte verlangt wurde, also mußten die Lehrer sich zuerst Mitgliedskarten kaufen, d. h. dem Verein beitreten, und dann durften sie sich das Wohlgefallen ihres Vorgesetzten erwerben. Ist nun Hr. Gregorovius dafür zur Verantwortung gezogen? Interessant ist in dieser Beziehung vielleicht die Mittheilung des Landraths des Waldenburger Kreises in der „Bresl. Morgenztg.“, die zur öffentlichen Kenntniß bringt, daß Hr. Gregorovius die commissarische Verwaltung des königlichen Schullehrerseminars in Pyritz übertragen ist. Es ist ihm also augenscheinlich eine Anerkennung zu Theil geworden. Ferner zeigt der Wahlprotest aus dem Dorfe Feinau bei Waldenburg, daß der Lehrer vor der Wahl in jedes Haus gegangen und die Wahlzettel mit dem Namen „Ebert“ zerföhrt. Zu welchem Fanatismus ein solches Vorgehen führt, dafür haben wir ebenfalls einen athenmüthigen Beweis, ich meine die Ehrenverhandlung, welche auf Antrag des Lehrers Sommer in Gollenau geführt worden ist. Was hat der Lehrer gethan? Er ist mit den anderen Lehrern tagelang von Haus zu Haus gegangen, um für den Cartellcandidaten Stimmen zu sammeln; dann hat Sommer am Tage nach der Wahl in der Schule — es war eine Mädchenschule — gesagt, er tiefe sich bei jedem Vater bedanken, der für den Dr. Websky gestimmt hätte, dagegen diejenigen feien Schulte, welche Ebert gewählt hätten. Er hat dann noch hinzugefügt, den letzteren müßte das Herz klopfen und „Vater verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun“. Ferner hat er dann ein Mädchen an die Tafel gerufen und die Worte ansprechen lassen: „Websky“ und „Ebert“, und zwar letzteren unter ersteren, daneben hat er zwei Zahlen schreiben lassen und zwar so, daß nach erfolgter Subtraktion die Zahl 19 sich ergab, und dann hat er geäußert, daß die 19 freisinnigen Schulte. Meinen Sie nicht, daß eine so unerhörte Beleidigung ihrer Väter den Mädchen ins Gesicht durch ihren Lehrer aufs strengste an diesem Lehrer geahndet werden müßte? Und bis jetzt ist nirgendwo öffentlich erklärt, was mit ihm geschehen ist. Selbst der Staatsanwalt, der die Sache dieses beleidigten Lehrers übernahm, hat gesagt, daß allerdings die Verhandlungen ein trauriges Licht auf den Parteilanatismus in dem Dorfe werfen, und daß die Art und Weise, wie derselbe Mann mit unreifen Mädchen Politik getrieben habe, ihm Veranlassung gebe, das ganze politische Verhalten des Sommer seiner vorgeföhnten Dienstbehörde zu unterbreiten. Billigt der Hr. Minister ein solches Vorgehen seiner unterordneten Organe? Sind ihm die Thatfachen bekannt, welche ich ihm hier mitgetheilt habe und für welche ich die Beläge denen Augenblick beibringen kann? Und wenn sie ihm bekannt sind, was hat er dagegen veranlaßt, um eine Rectification der betreffenden Beamten eintreten zu lassen, die ihre Befugnisse überschritten hatten? In der conservativen Presse wird immer mit großer Emphase die Erklärung abgegeben, daß Preußen nimmermehr ein Parteilanatismus haben dürfe, in Preußen regiere der König. Das sind schöne Worte, aber wenn die Dinge so kommen, wie ich sie jetzt entwickelt habe, so kommen wir zu dem kräftigsten Parteilanatismus. Gerade dadurch, daß man die Interessen der Krone fortwährend in einem künstlichen Widerspruch bringt mit

den constitutionellen Rechten des Volkes, lähmt man die Interessen der Krone mehr, als es das leichtfertige Regiment zu Stande bringen könnte. Wir müßten die Interessen der Krone trennen von den Interessen derjenigen Männer, welche augenblicklich die Regierung des Landes führen. Die Systeme wechseln, aber die Krone muß unerschrocken über den Parteien stehen. Möge der Cultusminister das heilige Gut, das ihm vom Volke anvertraut ist, bewahren vor der Zerschlagung durch eine derartige Parteilanatismus, und die Lehrer vor Gemüthsdruck und vor dem verwerflichen Unternehmen, sie zu Abkümpern zu bringen, die ihrer Ueberzeugung nicht entsprechen. Viel an materiellem Gut haben die Lehrer im Leben nicht; die idealen Güter sind es, auf die wir sie hinweisen, die sie übertragen sollen auf die Zukunft des Vaterlandes. Wenn Sie ihn zwingen, sein Wort abzugeben gegen die Stimme des Gemüths, so ist das eine Demüthigung, die den Charakter verdirbt, die Treue am Beruf nimmt. Ich habe übrigens das Vertrauen zu dem Hr. Minister, daß er dieses Vorgehen der genannten Beamten verurtheilen wird. Ich glaube, daß diejenigen, die es mit dem Wohl des Vaterlandes ernst meinen, dies von ihm verlangen. (Beifall rechts links; Zwischen rechts.)

Minister v. Goltz: Den Vorredner bitte ich, sich gegenwärtig zu halten, daß ein Minister nur sehr schwer über Thatsachen sprechen kann, wenn sie vorher ihm nicht mitgetheilt sind. Seit einigen Monaten lese ich in freisinnigen Zeitungen, daß ich ein Anecht der Reaction sei. Heute werde ich als Vertreter der schwärzesten Reaction hingestellt. Heute früh giebt das „Berliner Tageblatt“ des Rathfels Lösung: „Hoffentlich werden das Volk und die Wähler bald entscheiden dürfen, ob die gegenwärtige Reaction noch länger dauern soll, mit einem Wort: die Herren v. Puttkamer und v. Goltz müssen verschwinden.“ Wann ich verschwinden werde, darüber hat lediglich Se. Majestät zu entscheiden, und ich gehe mit derselben Ruhe, mit der ich gekommen bin. (Beifall rechts.) Es giebt kein Maß von Angriffen, welches mich in meinem unerschütterlichen Gehorsam gegen den König wankend machen könnte. (Beifall rechts.) Den Fall Schröder in Thorn kenne ich nicht. Ich bin außer Stande, eine Erklärung über denselben abzugeben. Was hat denn die Regierung zu Breslau gethan? Nach dem Vortrage des Vorredners weiter nichts, als daß sie in der Verfügung vom Jahre 1887 auf den allerhöchsten Erlaß von 1882 hingewiesen hat. Wenn das richtig ist, was von dem Lehrer Sommer gesagt ist, so hat er sich sicher sehr vergriffen. Aber die Sache hat sich doch nicht in einem einheitlichen Zuge von oben nach unten abgespielt. Und ist es denn eine Mißthat, wenn eine Regierung an den Erlaß von 1882, den wir als den Schluß und Gekrönte des ganzen preussischen Beamtenthums auffassen, erinnert? Wollen wir doch nicht verkennen, was darin steht. Dieser Erlaß trifft auch den Landrath, dessen Erlaß ich absolut nicht kenne. Er hat weiter nichts gesagt, als: er vertraue, daß die Lehrer die Politik Hr. Majestät unterstützen. Daß irgendwo in das individuelle Wahlrecht eingegriffen ist, ist ja möglich, ich habe es aber nicht gehört, und der Appell an mich, ich solle den Landrath zur Disciplinaruntersuchung ziehen, ist überflüssig. Darüber hat ein Höherer entschieden, der Landrath ist gestorben. Was den Schulinspecteur Gregorovius betrifft, so wird berichtet, daß er zu den ausgezeichnetsten Schulaufsichtsbeamten des preussischen Staates gehört, und daß er zur Beförderung vorgeschlagen ist. Wegen des patriotischen Festes ist ihm eine Mißbilligung ausgesprochen worden. Das kann aber die Tüchtigkeit des Mannes in seinem Beruf nicht auslöschen. Gerade im Kreise Waldenburg sind die bittersten Kämpfe zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen geführt worden, ich kann aber nicht annehmen, daß einer, der für Websky gestimmt hat, ein Reactionär ist. Was den Lehrer Sommer anbelangt, so richtet sich die Sache von selbst; es ist nichts leichter, als diesen Herrn disciplinärlich zu ahnden, aber daß ich bei den 60 000 Lehrern in Preußen gerade diesen Fall kennen soll, ist nicht zu verlangen. Bei den Septennatswahlen sind die Cartellparteien, was die Einwirkung auf die Lehrer betrifft, noch sehr bescheiden gewesen. (Lachen links.) Ich kümmere mich um diese Sachen sehr wenig, weil ich weiß, daß die Lehrer ebenso wie alle Beamten das Recht haben, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Wie weit das geht, ersehen Sie daraus, daß bei den letzten Abgeordnetenwahlen von 80 katholischen Lehrern des Kreises Mongrowitz nur zwei für den regierungsfreundlichen Candidaten gestimmt haben. Nun muß ich mir es gefallen lassen, daß mir gesagt wird, ich solle dafür sorgen, daß eine fanatische Parteilanatismus von oben nicht mehr angeregt werde, wie es bisher geschehen ist. Ich bin seit 1881 Minister, wer will mir nachweisen, daß ich mit einem Wort mündlich oder schriftlich die mir durch Se. Majestät Willen gegebenen Befugnisse überschritten habe? (Beifall rechts links.) Ich mache kein Geheim von meiner monarchischen Gesinnung. Eingegriffen in die Wahlen habe ich mit meinem Wissen und Willen niemals. Den mein Herz mit Wärme füllenden Appell des Vorredners erkenne ich, ich habe allemal ausgesprochen, daß der herrliche Beruf des Lehrersstandes in der Aufrechterhaltung des Idealismus besteht, und daß es ein Fluch der Zeit wäre, zu sagen: Hier ist der Brodkorb, ist er Dir nicht genug gefüllt, so wähle so, daß er mehr gefüllt wird. Wenn Sie noch mehr Beschränkungen haben, ich will Ihnen Rede stehen. Daß ich aber zur schwarzen Reaction gehöre, bestreite ich. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Es ist doch sehr bedauerlich, daß der Minister so genau weiß, wie die Lehrer im Kreise Mongrowitz gestimmt haben, während er von den anderen Sachen nichts weiß; das läßt tief blicken. (Geht richtig links.) Ich will nicht denunciren; es ist ja manches in der Hitze des Kampfes geschehen. Aber warum hat man denn Bestrafung, die sich am Wahlkampf nicht in hervorragender Weise betheiligen haben, gemahngelt, namentlich auf der Lokalinspectoren entfernt. Der Kulturkampf kann nur beendet werden, wenn die Trümmer der Mäiegehegung beseitigt werden. Namentlich vermissen wir im Ressort des Ministers die nötige Anzahl katholischer Räte — es sind nur 3 von 27 — es werden alle Sachen vom protestantischen Standpunkte aus behandelt. Früher hatte man eine besondere katholische Abtheilung. Wenn diese katholische Abtheilung nicht wieder errichtet wird, dann verlangen wir 9 bis 10 katholische Räte im Ministerium. Redner führt dann eine Anzahl von Beschwerdepunkten an, die aus der Zeit des Kulturkampfes herrühren und noch nicht beseitigt sind.

Minister v. Goltz geht auf diese Punkte ein und schließt dann: Am arithmetischen Verhältniß der Zahl der katholischen und evangelischen Räte liegt es nicht. An der Vorbereitung der kirchenpolitischen Gesetze waren mehr Factoren maßgebend betheiligt als bloß die katholischen Räte; sowohl das Oberhaupt der Kirche als deren Mündenträger haben mitgewirkt an der Gestaltung der Gesetze.

Abg. Rickert: Wenn der Minister sagt, er tiefe fest im Dienste der Krone, so glaube ich, daß man das am besten thut, wenn man die verfassungsmäßigen Rechte wahrt. An Patriotismus stehen wir dem Minister nicht nach; wir verlangen, daß er uns in dieser Beziehung denselben Respekt erweist wie wir ihm. Wenn ein Beamter mit solchen Mitteln, wie es in den geschichtlichen Fällen geschehen ist, für mich eingetreten wäre, würde ich es für meine Pflicht halten, öffentlich dagegen aufzutreten. (Gelächter rechts.) Sie freilich sind es ja gewöhnt, nur mit Hilfe der Landräthe gewöhnt zu werden. Im übrigen bleibe ich bei meiner Behauptung, daß der Landrath in Ohlau mit dem Erlaß einen Eingriff in das Wahlrecht gethan hat. Der Minister hat es aber vermieden, sich darüber zu äußern, ob er derartige Dinge billigt. Hoffentlich werden wir von dem Herrn Minister bei der dritten Lesung Bescheid bekommen, und wir hoffen, daß er dann beruhigende Erklärungen abgeben wird.

Minister v. Goltz: Ich will die Gründe anführen, aus denen ich die Angriffe auf mich scharf abgelehnt habe. Erstens hat Hr. Rickert mich als schwarzen Reactionär hingestellt, dann hat er behauptet, daß der Parteilanatismus von oben genährt werde. Ich gehöre keiner Partei an; das ist für jeden Cultusminister eine

Unmöglichkeit. Es giebt auch keinen Menschen, der mich je bestimmt hat zu einer Maßregel. Dann ist mir auch vorgeworfen worden, daß ich die Mission, die ich vom preussischen Volke habe, nicht erfüllt habe. (Abg. Rickert: Das habe ich nicht erklärt.) Ich habe keine Mission vom Volke, sondern allein von Sr. Majestät. Mit derartigen allgemeinen Angriffen werden Sie mich nicht erschüttern. Aber ich habe die Ueberzeugung, daß die Bewegung, die seit Monaten in der linksliberalen Presse gegen mich unterhalten wird, um mein Verhältniß zu den Lehrern zu erschüttern, wohl vorbereitet ist, und daß diese Bewegung erst bei den nächsten Wahlen ihren Abschluß finden wird.

Stromeyer (Pole) bittet, das Polnische als Unterrichtssprache wieder in der Volksschule der polnisch redenden Landestheile einzuführen.

Abg. Jürgensen (n. l.) vermahnt die Nordfriesländer dagegen, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Abg. Cassen unter dänischer Hoheit sich zurückzuziehen und gegen die Erlernung des Deutschen sich wehren.

Abg. v. Schorlemer-Alst (Centrum): Eine Regelung des Sperrfonds wäre schon in dieser Session erwünscht. Bezüglich der Rathstellen im Ministerium würde eine größere Berücksichtigung der Katholiken sicherlich nur von Vortheil sein; am besten freilich wäre die Wiederherstellung der katholischen Abtheilung. Aus den Erklärungen des Ministers entnehme ich, daß er im allgemeinen gewillt ist, unseren Wünschen entgegen zu kommen. Auf die Wiederherstellung des vollen Friedens richten sich unsere Wünsche, wenn wir uns auch in dieser Zeit, wo schwere Sorge alle Herzen bedrückt, aller bittern und reizenden Aeußerungen enthalten. Der innere Friede ist die beste Gewähr für das Wohl des Vaterlandes. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hansen (freiconf.): Die Anordnungen der Schulverwaltung in Schleswig sind durchaus gefehlmäßig gewesen.

Abg. v. Stabrowsky (Pole) erinnert an den schroffen Widerspruch, der in dem jetzigen Verfahren des Ministers v. Goltz liegt im Gegensatz zu seiner Zusage von 1882, es sei eine Germanisirung, eine Unterdrückung der polnischen Nationalität und Sprache nicht beabsichtigt. Von sämtlichen Schulinspectoren seien bei fast durchgängig katholischer Bevölkerung nur einige wenige Katholiken, und auch diese solche, die zum Theil ihre Kinder evangelisch erziehen lassen. Es fehlt die kirchliche Leitung des Religionsunterrichts. Und da soll das Wort des Kaisers erfüllt werden, daß dem Volk die Religion erhalten bleiben muß.

Minister v. Goltz: Die Maßregel vom September richtet sich nicht gegen den polnischen Religionsunterricht, soll auch die evangelische Confession nicht fördern. Bei einer anderen Gelegenheit werde ich vielleicht nachweisen können, wie sehr gerade in den letzten Jahren für die katholischen Schulen gesorgt ist. Wir wollen die Kinder bloß fähig machen, als Preußen und Deutsche ihre Pflicht selbständig zu erfüllen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (conf.): Herr Rickert hat wieder eine Wahlrede gehalten. Als die Liberalen noch am Ruder waren, da waren sie nicht so prübe in Bezug auf die Beeinflussungen der Wähler. Zudem kommt doch die ganze Wahlmacherei, diese Anregung der niedrigsten Leidenschaften, von den Herren von der Linken und nicht von uns. Denken Sie doch an 1861. In einer Adresse an den König sprach das Haus damals das Vertrauen aus, daß die Anordnungen der Regierung von solchen Beamten ausgeführt würden, welche ihre Bestrebungen unterstützen. In einem damaligen Wahlaufsatz der Fortschrittspartei wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Regierung es verstehen werde, ihren Grundbesitz in allen Schichten der Beamtenwelt unanfechtlich Geltung zu verschaffen.

Abg. Rickert: Ich habe nicht behauptet, daß der Minister der Urheber dieser schwärzesten Reaction sei, sondern nur darauf hingewiesen, daß unter seinem Ministerium derartige Dinge passirt sind. Ich habe auch nicht behauptet, daß der Minister sein Mandat als Minister durch das preussische Volk habe, sondern nur ausgeführt, daß er das heilige Gut, welches ihm vom Volke anvertraut sei, bewahren möge, und damit meinte ich die Kinder in der Volksschule. Was Herr v. Minnigerode aus dem Jahre 1861 verstehen hat, hat mit der Wahlagitator nichts zu thun, sondern es richtete sich nur dagegen, daß die Beamten in amtlicher Eigenschaft amtliche Handlungen der Landesregierung kritischen. Der zweite Fall, den er anführte, der Wahlaufsatz der Fortschrittspartei, richtete sich gegen das Bestreben gewisser Beamten, den Wahlerlaß des Ministers Grafen Schwerin, durch welchen die Anwendung von Zwang bei den Wahlen und dergleichen verboten wurde, zu ignoriren, wie es z. B. damals von einem Landrath geschah, der jetzt Minister ist. Die Erregung der ekelhaftesten Leidenschaften ist nicht von uns ausgegangen, sondern von dem Ministerium Mantauell. Ich erinnere Sie nur an den Brief, den 1858 Prinz Albert an den Kaiser schrieb, in welchem er das damalige Verfahren als eine Schmach bezeichnete, die geeignet sei, allgemeinen Abscheu zu erregen. (Beifall links.)

Abg. v. Eyner (nat.-lib.): Ich muß doch dagegen protestiren, daß das Programm des Hrn. v. Schorlemer allseitige Billigung findet. Wir werden der Einrichtung der katholischen Abtheilung widerstehen; auch der Anstellung der Räte im Ministerium nach ihrer Confession, nicht nach ihren Kenntnissen muß ich widerstehen.

Abg. Windthorst: Daß die anzustellenden katholischen Räte auch die nötige Kenntniß haben müssen, ist selbstverständlich, nur bei der Logik des Herrn v. Eyner nicht. Wenn der Minister uns verspricht, daß er alle die Katholiken betreffenden Gesetze mit der Eile vereinbaren will, dann können wir zufrieden sein; sonst aber müssen wir vertreten sein in allen uns betreffenden Dingen.

Hierauf wird die weitere Berathung bis Freitag verlag.

Deutschland

L. Berlin, 1. März. [Das Brodtarengeseh.] Mit 6 gegen 3 Stimmen hat heute die Reichstagscommission für den Antrag Cöhren den Gesetzentwurf mit einigen Abänderungen angenommen. Zunächst wurde die in erster Lesung vorgeschriebene Abstempelung der Preisliste wieder beseitigt und dann die Ueberschreitung der Selbsttäre unter die Strafbestimmungen gestellt. In dieser abgeänderten Fassung wurde der § 73 der Gewerbeordnung mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Für den § 73 stimmten die Abgg. Haupt, Duvernois, Baur-Schmidt von den Nationalliberalen, Cöhren und Merbach von der Reichspartei, Scheffer und v. Dethen von den Deutschconservativen. Gegen denselben: Brömel (freisinnig), Struckmann (nat.-lib.), Meßner und Trimbom (Centrum). Für die Annahme dieser einzelnen Bestimmung wie derjenigen des ganzen Gesetzes fällt demnach die Verantwortlichkeit auf die Nationalliberalen zurück. Von vier Mitgliedern der Partei haben drei für den Antrag Cöhren gestimmt. Hinterher wurde der § 74, wonach Brod nur in Gewichtsgrößen von 1/2, 1, 1 1/2 Rilo und so weiter feilgehalten werden darf, um Theil wiederum aufgehoben durch einen neuen Paragraphen, der also lautet soll: Auf Brod in Gewichtsgrößen von weniger als 1/2 Rilo, sowie auf feinere Backwaren aller Art finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. Zum Berichterstatter ist der geistige Urheber des Gesetzes, der nationalliberale Abg. Haupt, bestellt.

* [Colonisationsgesellschaft Hermann.] In das Berliner Handelsregister ist am 27. Febr. die Gesellschaft Hermann, Deutsche Siedelungsgesellschaft eingetragen worden. Das Kapital der Gesellschaft, welche in Brasilien thätig sein wird, ist auf 250 000 Mk. festgesetzt. Gegenstand des Unter-

nehmens der Gesellschaft ist der Ankauf, die Uebernahme und die Verwerthung der Ländereien und Landbesitzungen, die Befriedelung derselben, sowie der Betrieb von Landwirthschaft, Handel, Industrie und allen mit der Colonisation zusammenhängenden Angelegenheiten und Gewerben, namentlich Eisenbahn-Unternehmungen, Wege- und Wasserbauten, auch die Herstellung der zur Erreichung der vorbestimmten Zwecke erforderlichen Anlagen und Einrichtungen, endlich die Ueberveräußerung aller dieser Anlagen und Einrichtungen. Das erworbene Land liegt in Rio Grande do Sul.

* [Vom Congostaat.] Aus Brüssel wird der „M.-Z.“ vom 28. Februar geschrieben: Der plötzliche Tod des belgischen Capitäns Van de Velde hat auch auf den belgischen König tiefen Eindruck gemacht; er hat einen seiner Officiere nach Gent entsendet, um den Eltern seinen Anteil auszudrücken. Diese über 80 Jahre alten Leute sind um so mehr zu beklagen, als sie schon 1882 einen ihrer Söhne, der auch Officier war, am Congo verloren haben; er ruht in Divo. Am 2. Januar hatte der Capitän aus Bamba-Manika den letzten Brief an seine Eltern gerichtet. Am heiligen Abend war er, vom Lieutenant Bodson, dem Maler Jans, 5 Negerknaben und der Hälfte seiner Träger und Soldaten begleitet, nach dem Stanley-Pool aufgebrochen. In 12 Tagen gedachte er den Pool, in 45 Tagen die Fallsstation zu erreichen. Man weiß von seinem Tode nichts Näheres; erst die Mitte April eintreffende Congo-Post wird weitere Auskunft geben können. Trotz aller trüben Erfahrungen aber wird jetzt bei dem Herannahen des Zeitpunktes für die Unterjüngung der Congo-Lotterie eine unglaubliche und überschwengliche Propaganda für das „ungeheure Congo-Loos“ gemacht. Der Congo-Loos wird für colossal, gesund, mineralreich, eine wahre Goldgrube, ein unermeßliches Absatzgebiet und Gott weiß was alles erklärt. Alle der Congo-Regierung näher stehenden Blätter weisföhren in Lobeserhebungen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob der Zweck, zur Betheiligung an der Congo-Lotterie anzuregen, erreicht worden ist.

Breslau, 1. März. Geheimher Justizrath Wachler ist gestorben.

Posen, 29. Febr. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß der „Pos. Ztg.“ zufolge in ihrer heutigen Sitzung, den Magistrat zu ersuchen, eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzugeben, dahingehend: den seitens der königl. Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, betr. die anderweite Regelung der Unterhaltungskosten der königlichen Polizei in Städten, abzulehnen.

Österreich-Ungarn.

Pest, 1. März. [Abgeordnetenhaus.] Der rumänische Grenzregulirungsvertrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 86 Stimmen angenommen. (W. Z.)

Schweiz.

Bern, 1. März. In einer Bekanntmachung des Handelsdepartements heißt es bezüglich des Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Italien, daß beide Staaten einen eigentlichen Tarifkrieg so lange als möglich vermeiden und einstimmen auf der Basis der Meistbegünstigung einander behandeln werden. (W. Z.)

Italien.

Rom, 1. März. Die „Riforma“ erklärt es für gänzlich unbegründet, daß der Pariser Botschafter, General Menabrea, zu demissioniren beabsichtige. Die Regierung könne denselben nur ihre Anerkennung zollen, die Anwendung der allgemeinen Tarife Frankreich gegenüber könne die normalen Beziehungen zu Frankreich nicht ändern. Der Botschafter verdiene alle Achtung, die ihm sicherlich in Frankreich fortdauernd gezollt werde. (W. Z.)

Spanien.

* [Erkrankung des Königs.] Der „Polit. Corresp.“ zufolge sind die Gerüchte von einer Erkrankung des Königs Alfons XIII. unbegründet; derselbe befinde sich durchaus wohl.

Madrid, 1. März. Ein königliches Decret ordnet an, daß in dem Ausgühen schwefelhaltiger Erze in freier Luft bei den Kupferminen von Huelva eine stufenweise Reduktion eintreten soll bis zum Jahre 1891, von wo ab das Ausgühen dieser Erze in freier Luft überhaupt vollständig untersagt ist. (W. Z.)

Afrika.

* [Dampferflotte auf dem oberen Congo.] Im December 1881 langte Stanley mit seiner Expedition vom unteren Congo am Stanley-Pool an und setzte als ersten Dampfer das kleine Boot „En avant“ dort ins Wasser; mit demselben hat er zum Entsetzen der Anwohner dann seine Fahrt auf dem oberen Congo bis zu den Stanley-Falls gemacht, den Leopold II.-See aufgefunden und befahren u. s. f. Jetzt nach nur 6 Jahren ist der obere Congo von 11 Dampfern belebt, nämlich dem „En avant“, „L'Association internationale“ und dem „Stanley“, welche sämtlich dem Congo-Staat gehören, dem „Ballay“, dem „Alima“ und dem „Dione“ französisches Eigenthum; dem „Peace“ von der Baptistenmission, dem „Henry Reed“ von der Inland-Mission, der „Florida“ von der Sanford-Exploring-Expedition, dem „Holland“ von der Nieuw-Afrika-Handels-Vereinschiffahrt und dem „Roi des Belges“ von der Compagnie du Congo. Im Laufe dieses Jahres kommen noch 3 Dampfer hinzu, deren einzelne Theile bereits in Leopoldville angekommen, theils noch unterwegs sind, nämlich „Dille de Bruxelles“ für den Congo-Staat, „Newport“ für die Sanford-Exploring-Expedition und der „Taylor“ von der amerikanischen Mission zu Kimpoko.

Bon der Marine.

* Das Schiffsjungen-Schulschiff „Ariadne“ (Commandant Capitän zur See Barandon) ist am 27. Februar cr. in Portorico eingetroffen und beabsichtigt am 12. März cr. wieder in See zu gehen.

* [Schiffsbewegungen.] Ananosenboot „Enclop“ Poststation: Amerun. — Kreuzer „Gadit“ bis 13. März Captabt, dann Amerun. — Aviso „Coreley“ Konstantinopel. — Kreuzer „Corvette“, „Luffe“, „Aiel“, Panzerfahrzeug „Mücke“, Wilhelmshaven. — Kreuzer „Maulwurf“, Janzibar. — Kreuzer-Gefährwader (Schiffe), „Bismarck“, „Carola“, „Diga“, „Gophy“. Poststation: Hongkong, mit Ausnahme von „Diga“, die Apia zur Poststation hat. — Kreuzer „Albatros“ Plymouth (England). — Kreuzer „Möwe“, Janzibar. — Ananosenboot „Wolf“, Hongkong. — Kreuzer „Adler“, Apia (Samoa-Inseln). — Ananosenboot „Ulla“, Hongkong. — Kreuzer-Corvette „Ariadne“ bis 6. März Curaçao (West-Indien), dann Sabana. — Schul-Gefährwader (Fregatten), „Stein“, „Prinz Adalbert“, „Gneisenau“, „Moltke“. Poststation: Southampton (England). — Corvette „Nixe“, Wilhelmshaven. — Panzer-Corvetten „Baier“ und „Hanja“, Aiel. — Ananosenboot „Eber“, Apia.

Berliner Fondsbörse vom 1. März.

Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit meiste etwas höheren Courten auf speculationem Gebiet. In dieser Beziehung waren die günstigeren Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze in Verbindung mit einem hier hervortretenden belangreichen Deckungsbedürfnis von bestimmtem Einfluss. Auch der weitere Verlauf des Verkehrs vollzog sich im wesentlichen in fester Haltung. Das Geschäft gestaltete sich im allgemeinen etwas lebhafter, besonders aber für einige Umlaufverthe. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich, der Haupttendenz entsprechend, meiste etwas besser stellen. Die Aktienwerthe der übrigen Geschäftszweige hatten bei fester Gesamtstimmung theilweise regeren Verkehr für sich. Der

Privat-Discount wurde mit 1% % bez. und Co. notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien fester und ziemlich lebhaft; auch Franzosen waren etwas besser, andere österreichische Aktien fest; Dux-Bodenbach und Marienburger waren fest und belebt. Von den fremden Fonds waren russische theilweise lebhaft und belebt, auch ungarnische Goldrente und Italiener fester. Deutsche und preussische Staatsanleihen, Eisenbahn-Dividenden fest und in normalem Verkehr. Bankactien fester. Industriepapiere, auch Montanverthe fest, aber nicht besonders lebhaft. Inländische Eisenbahnactien fest.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.30
do. do.	3 1/2	101.19
Nonjolidirte Anleihe	4	106.90
do. do.	3 1/2	101.70
Staats-Schuldenscheine	4	100.25
Preuss. Prov.-Oblig.	4	102.75
do. do.	4	102.20
Preuss. Pfandbriefe	3 1/2	98.70
do. do.	3 1/2	98.40
Preuss. neue Pfandb.	4	102.90
do. do.	3 1/2	99.50
Preuss. Pfandbriefe	3 1/2	98.70
do. neue Pfandb.	3 1/2	98.70
Preuss. Rentenbriefe	4	104.50
do. do.	4	104.50
Preuss. do.	4	104.50

Ausländische Fonds.

Defferr. Goldrente	4	86.60
do. do.	4 1/2	74.50
do. Silber-Rente	4 1/2	63.10
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	99.70
do. Papierrente	5	66.50
do. Goldrente	5	77.25
Ung. Ost.-Pr. 1. Em.	5	75.80
Ung. Ost.-Pr. 2. Em.	5	75.80
do. do. 1871	5	88.85
do. do. 1872	5	88.85
do. do. 1873	5	90.25
do. do. 1874	5	82.80
do. do. 1875	5	82.80
do. do. 1876	5	82.80
do. do. 1877	5	82.80
do. do. 1878	5	82.80
do. do. 1879	5	82.80
do. do. 1880	5	82.80
do. do. 1881	5	82.80
do. do. 1882	5	82.80
do. do. 1883	5	82.80
do. do. 1884	5	82.80
do. do. 1885	5	82.80
do. do. 1886	5	82.80
do. do. 1887	5	82.80
do. do. 1888	5	82.80
do. do. 1889	5	82.80
do. do. 1890	5	82.80

Cottener-Anleihen.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Ausländische Prioritäts-Actien.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Bank- und Industrie-Actien.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Währungswechsel.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Hypotheken-Pfandbriefe.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Neue Synagoge.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Der Auffichtsrath.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Der Auffichtsrath.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

Der Auffichtsrath.

Bad. Bräm.-Anl. 1857	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1858	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1859	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1860	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1861	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1862	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1863	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1864	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1865	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1866	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1868	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1869	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1870	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1871	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1872	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1873	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1874	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1875	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1876	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1877	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1878	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1879	4	133.50
Bad. Bräm.-Anl. 1880	4	133.50

114.60	47/10	do.
96.50	49/4	Wien
150.25	7	do.
—	8.12	Petersburg
53.50	2	do.
—	5 1/4	Warschau
119.00	5 1/2	
135.60	4	Discont der Reichsbank
91.18	83/4	
109.00	5 1/2	
138.50	6 1/2	
119.25	9	Dukaten
113.50	6	Sovereigns
7850	60	20-Francs-St.
15790	60	Imperials per 5
62.25	2 1/2	Dollar
38.75	4	Englische Bankn.
172.50	10	Franklische Ban
285.00	11 1/4	Österreichische
		do.

Beilage zu Nr. 16951 der Danziger Zeitung.

Freitag, 2. März 1888.

Reichstag.

50. Sitzung vom 1. März.

Fortsetzung der zweiten Berathung der Anträge betr. den **Befähigungsnachweis für Handwerker.** Bei § 14d, welcher bestimmt, daß die Prüfungscommission auch dann wenigstens zur Hälfte aus Mitgliedern der Innung besteht, wenn der zu Prüfende der Innung nicht beitreten will, wird mit 124 gegen 115 Stimmen angenommen.

§ 14g bestimmt, daß Frauen, welche ein selbstständiges Gewerbe im Sinne dieses Gesetzes betreiben, den Befähigungsnachweis führen müssen. Ausgenommen sind hiervon diejenigen Frauen, welche allein oder nur mit ihren Familienangehörigen (für Frauen und Kinder) Arbeiten anfertigen.

Abg. **Goldschmidt** (freis.): Mit diesem Paragraphen schränken Sie die Erwerbsfähigkeit der Frauen und Mädchen in nicht zu rechtfertigender Weise ein. Gerade nur die tüchtigen Frauen und Mädchen beschäftigen sich mit Arbeiten, die sonst von Männern verrichtet werden. In der Schweiz giebt es selbst weibliche Barbier und niemand nimmt Anstoß daran. Es ist auch wirklich nicht einzusehen, wieso nicht auch weibliche Friseur Männer sollen frisieren können.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. **Kitze** und **Reichow** wird § 14g mit 130 gegen 119 Stimmen angenommen, jedoch auf Antrag v. **Reichs** die oben in Parenthese gesetzten Worte gestrichen.

Der Rest des Gesetzesentwurfs wird in der Fassung **Kitze**-**Ackermann** angenommen.

Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzesentwurfs betr. die unter **Ausschluß der Öffentlichkeit** stattfindenden **Gerichtsverhandlungen.** Bei der Abstimmung über den § 173 hatte sich am Montag die Beschlußunsfähigkeit des Hauses herausgestellt.

Abg. **Meyer-Jena** (n.-l.) bestritt gegen **Meyer** (Halle), daß er seine Stellung in dieser Frage geändert habe. Vielmehr wäre der Entwurf seitens der Regierungen so sehr gegen früher geändert, daß man ihn jetzt sehr wohl annehmen könne.

Abg. **Meyer-Halle** (freis.): Ein Schaden durch die Urtheilsverkündung in Hochverrathsprozessen wird von uns als möglich zugestanden. Die Hoch- und Landesverrathsprozesse hätte man herausheben müssen; daß man aber von dieser geringen Zahl gleich diese beschränkenden Bestimmungen soweit ausdehnt, wie der Entwurf, darin liegt die reactionäre Tendenz. Mit Freuden haben wir die Justizgesetze von 1879 angenommen; ein Vortheil derselben war der Bruch mit dem früheren Geheimniß bei der Begründung des Urtheils. An diesen Gesetzen sollten Sie nicht rütteln. Schon jetzt wird von der Ausschließung der Öffentlichkeit ein zu weiter Gebrauch gemacht z. B. in den Socialistenprozessen. Die Öffentlichkeit ist eine Garantie mit für die Unparteilichkeit der Rechtsprechung. Auch Abg. **Meyer-Jena** hat einst gelehrt, daß diese Öffentlichkeit in den theuersten Palladien gehört. (**Meyer-Jena**: Sie wird ja auch nicht aufgehoben!) Sie wird allerdings nur aufgehoben in den Fällen, in denen sie eben von Werth ist. (Sehr richtig! links).

Abg. **Grosber** (Ctr.) Der Werth der Öffentlichkeit besteht nicht mit Rücksicht auf die gerade im Saal anwesenden Personen, sondern mit Rücksicht auf den

ganzen Staat, die Rechtssicherheit. Den Nationalliberalen scheint bei der Beschränkung dieser wichtigen Einrichtung doch das Gewissen zu schlagen. (Sehr richtig! links, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Zudem sind die Begriffe: Gefährdung der Staatssicherheit, der Sittlichkeit so elastisch, daß man damit alles mögliche machen kann. Die absolute Deffentlichkeit der Urtheilsverkündung wollen Sie beseitigen, indem Sie in § 174 dem Richter gestatten, sich auf die Publication der Urtheilsformel zu beschränken. Es wird sich die Meinung herausbilden: wo keine Gründe verkündet werden, da sind auch keine vorhanden oder doch solche, die das Licht der Deffentlichkeit zu scheuen Grund haben. (Sehr richtig!) Sie trösten sich damit, daß nur eine ganz geringe Zahl von Processen in Frage kommt; aber nicht die Zahl, sondern die Wichtigkeit der Prozesse fällt hier ins Gewicht. Keinem Menschen fällt ein, den Richtern das Vergehen der Rechtsbeugung vorzuwerfen. Aber daß in politischen Prozessen durch die Befangenheit der Richter Fehler vorkommen und vorgekommen sind, das darf nicht verschwiegen werden. Um diese Gefahr nicht noch zu erhöhen, darum sind wir gegen das Gesetz. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Bräcker** (Soc.) sieht in dem Gesetz eine Spitze gegen seine Partei. Er weist nach, daß in Folge des Ausschlusses der Deffentlichkeit in dem gegen ihn verhandelten Prozesse auf Grund uncontrolirbarer Aussagen von Polizeibeamten ein schweres verurtheilendes Erkenntniß ergangen ist.

Abg. **Hahn** (cons.): Seine Freunde hätten sich bemüht, den Bedenken der anderen Parteien möglichst gerecht zu werden. Ein Ausschluß der Deffentlichkeit in größerem Umfang als nach dem bestehenden Gesetze werde durch die Vorlage nicht eingeführt.

§ 173 wird angenommen.

§ 174 bestimmt: „Die Verkündung der Urtheilsformel erfolgt in jedem Falle öffentlich.“ — Abg. **Munkel** beantragt den Zusatz: „Durch einen besondern Beschluß des Gerichts kann für die Verkündung der Urtheilsgründe oder eines Theiles derselben die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der Staatssicherheit besorgen läßt.“ Abg. **Rintelen** stellt das Unter-Amendement hierzu: „wenn sie eine Gefährdung der Staatssicherheit dem Auslande gegenüber oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt.“

Nach einigen Ausführungen der Abgg. **Rintelen**, **Alemm** und **Träger** bittet

Geh. Rath v. **Kentze** um Annahme der Regierungsvorlage unter Ablehnung der beantragten Aenderung und macht die Rücksicht auf diejenigen Personen geltend, welche die Opfer der Sittlichkeitsverbrechen geworden sind. Eine Veröffentlichung der Gründe sei bedeutungslos, weil uncontrolirbar in allen den Fällen, in denen das Verfahren unter Ausschluß der Deffentlichkeit vor sich geht.

Abg. **Günther** (n.-l.) bleibt unverständlich.

Der § 174 wird nach dem Antrage **Munkel** unter Annahme des zweiten von **Rintelen** gestellten Amendements gegen die Stimmen der Conservativen angenommen.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag vertagt.

Danzig, 2. März.

* **[Eisverhältnisse im Hafen.]** Die Schleppdampfer der hiesigen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Weichsel“, welche längere Zeit hindurch die Mottlau innerhalb der Stadt und die todtte Weichsel bis Neufahrwasser durch Aufbrechen des Eises für die Schifffahrt offen hielten, haben wegen der andauernden Kälte seit einigen Tagen ihre Thätigkeit einstellen müssen, so daß jetzt die Schifffahrt zwischen hier und Neufahrwasser einwillen unterbrochen ist. Die seit Anfang dieses Jahres entbehrte Passage am Aranthore über die Mottlau hat deshalb jetzt auch durch die Einrichtung eines Fußweges über das Mottlau-Eis wieder hergestellt werden können.

* **[Gewerbekammer.]** Die Section für Handwerk der westpreussischen Gewerbekammer ist zu einer Sitzung am Montag, den 5. d. Mts., im Landeshause, behufs Feststellung des Jahresberichts pro 1887 einberufen worden.

* **[Provinzial-Lehrerversammlung.]** Nachdem von der Abhaltung des diesjährigen deutschen Lehrertages in Danzig Abstand genommen, soll hier in den großen Sommerferien die westpreuss. Provinzial-Lehrerversammlung abgehalten werden.

* **[Kirchen-Collecten.]** Laut Anordnung des evangelischen Ober-Kirchenraths soll in diesem Jahre am Buß- und Bettage (25. April) in allen evangelischen Kirchen eine Collecte für die deutsche evangelische Diaspora im Auslande abgehalten werden. In Westpreußen war bereits für den Buß- und Bettag dieses und der folgenden beiden Jahre die von der Provinzial-Synode beschlossene Kirchen-Collecte für die innere Mission anberaumt. Dieselbe ist nun auf den Palmsonntag verlegt worden.

* **[Kirchliches.]** Herr Consistorialrath **Hevelke** hier selbst hat die Verwaltung der Superintendentur Neustadt niedergelegt und es ist dieselbe dem Pfarrer **Ludow** zu Neustadt provisorisch übertragen worden.

* **[Versehung.]** Der Magazin-Aufseher **Schmidt** bei der kais. Marine ist zum Ober-Aufseher befördert und von der Aelerei an die kais. Werft in Danzig, der Stations-Assistent **Hein** von Danzig (Gegehor-Bahnhof) als Stations-Vorstand nach Psaust versetzt worden.

- **[Ornithologischer Verein.]** An dem gestrigen, sehr zahlreich besuchten Vereinsabend sprach Herr Director Dr. **Conwentz** über „Die fremden Gäste in unserer Vogelwelt“. Seit dem Bestehen des Provinzial-Museums hat **Rebner** es als eine seiner Hauptaufgaben erachtet, die in Westpreußen vorkommenden Wirbelthiere, besonders die Vögel innerhalb der Provinz möglichst vollständig zur Darstellung zu bringen. In allen Kreisen der Bevölkerung fand der Herr Vortragende eine bereitwillige Unterstützung und er dankt auch dem Ornithologischen Verein für die Theilnahme an diesen Bestrebungen. Neben denjenigen Vögeln, welche die einheimische Fauna bilden, giebt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl fremde, die sporadisch

hier auftreten. Ueber die letzteren sprach der Vortragende ausführlich auf Grund des demonstirten umfangreichen Materials aus dem Provinzial-Museum und der vielen an ihn erstatteten Berichte aus den verschiedensten Theilen der Provinz. Es sei beispielsweise erwähnt, daß der weichköpfige Geier, der Steinadler und die Sperbereule wiederholt unweit Danzig geschossen sind. Von der Beutelmäuse wurden zwei zierlich gearbeitete Nester vorgezeigt, die an der Weichsel bei Thorn und an der Nogat bei Elbing im Schilf hängend aufgefunden sind. Sodann kommen Schneeammer, Seidenschwänze, Schneelerchen und Tannenheher in unserer Provinz zuweilen vor, letzterer noch im Winter 1885/86 in einem großen Zuge, der sich über ganz Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Holland und Belgien erstreckte. Ferner wurden der europäische Iris, der Löffel-, der Purpur- und Silber-Reiher hier beobachtet, auch wird das merkwürdige Erscheinen eines Pelikans in der Danziger Niederung erwähnt. Der Vorsitzende, Hr. **Breda**, dankte dem Herrn Vortragenden im Namen des Vereins für den interessanten Vortrag. Der Vorsitzende theilte dann mit, daß in Folge der schnellen Berathung des Vogelschutzgesetzes im Reichstage die gewünschte Petition nicht hat abgesandt werden können. Der Vorstand wird beim hiesigen Magistrat dahin wirken, daß der Arametzvogel und der Seidenschwanz, welche sehr häufig im Jäshenthaler Walde erscheinen, nicht geschossen werden dürfen. Ueber den Beitritt des Ornithologischen Vereins als corporatives Mitglied des Westpreuss. Fischerei-Vereins und umgekehrt soll in nächster Sitzung Beschluß gefaßt werden.

* **[Gesseler Männer-Gesang-Verein.]** Am morgenden Sonnabend veranstaltet der Verein im „Kaiserhof“ eine Liedertafel, bei welcher eine Anzahl von Chor- und Solostücken, darunter die Operette „Das Singvögelchen“, zum Vortrage gelangen soll.

— **[Gewerbe-Verein.]** Herr Regierungs-Baumeister **Rathke** hielt gestern Abend einen Vortrag über „Schutz-Vorrichtungen der Eisen-Constructionen gegen Zerstörung von Feuer“. Die Brände in letzter Zeit, namentlich in Lagerhäusern, hätten bewiesen, daß das Eisen nicht die erwartete Widerstandsfähigkeit besitzt. Bei einem starken Feuer werden die eisernen Pfeiler etc., wenn sie nicht geschützt sind, dermaßen erhitzt, daß sie dem Elemente eher förderlich als hinderlich sind; die Holztheile fallen auf die bis zur Weißgluth erhitzten eisernen Pfeile hinauf und fangen nun sofort an zu brennen. Man ist nun auf den Gedanken gekommen, die Decken, Wände und Pfeiler der Gebäude mit einer Ummantelung von Rabitzputz zu umgeben, ein Verfahren, das z. B. in der neuen Infanterie-Kaserne auf Langgarten angewendet wird. Noch feuerfester ist die Monier-Construction, welche in Zukunft noch große Erfolge haben dürfte. Die Ummantelung geschieht ebenso wie bei der Rabitz-Methode, nur daß statt der dort angewendeten Drahtgewebe hier den Grund quer übereinanderliegende Eisenstäbe bilden, welche mit Cement beworfen werden und dadurch vollständig feste Platten bilden. Solche geschützten Decken und Wände haben sich als sehr standhaft erwiesen. Schließlich macht der Vortragende den Vorschlag, daß der Gewerbeverein, wenn dieses angängig ist, einmal Brennversuche anstellen möge, um zu sehen, welche

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und ver-
mischte Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Geistesleben und Literarische:
G. Höpfer, — den lokalen und provincialen, Handels, Marine-Theil und
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Meiß, — für den Buchhandels-
Theil: W. Kaspermann, sämmtlich in Danzig.